

jetzige, Offiziere usw. haben fährrende Funktionen für die SA und SS als militärische Leiter, Sturmabteilungsleiter usw. inne. Erwähnt sei, daß

der Oberwachmeister Pöhlitz, Kautsch (Kauß) als ein Teil des sogenannten Sicherheitsorgans des Staates, sich in aller Öffentlichkeit als Sturmabteilungsleiter betätigt

und anstatt gegen die Gewalttaten der Nazis vorzugehen, seine SA-Truppe beschließt und revolutionäre Arbeiter, die sich dieses Gebahren nicht länger gefallen ließen, verhaftete. Diese Arbeiter werden aber der Staatsanwaltschaft zugeführt.

In Dresden hat der aktive Polizeioberleutnant Wirth unter dem Pseudonym „Weber“ als technischer Leiter der SA seinen Dienst nicht im sogenannten Interesse der öffentlichen Sicherheit, sondern im Interesse der faschistischen Gewaltmaßnahmen durchgeführt.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat, wie bereits erwähnt, in ihrem Antrag vom 10. Februar 1932 nachgewiesen, daß die Denkschrift der Regierung einer direkten Billigung der Nazibetätigung der Polizei gleichkommt.

Durch diese Tatsache und vor allem die letzte Vorkommnisse ist offen bewiesen, daß die Nazibetätigung fast in allen Polizeiamt- und Behördenstellen bis hinauf in die Ministerien offen durchgeführt wird.

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen:

1. der Landtag spricht wegen dieser offenen faschistischen Unterstützung der Regierung die schärfste Mißbilligung aus und fordert die sofortige Beseitigung der faschistischen Elemente aus den Polizei- und Behördenstellen;
2. zu diesem Zweck nach § 15 Abs. 3 d. S. v. d. Landtag einen Untersuchungsausschuß von 15 Mitgliedern des Landtags einzusetzen.

Zu den Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses sind Vertreter der Arbeiter aus den in Frage kommenden Orten, wo die offene faschistische Betätigung der Polizei durch die Beschwerden der Bevölkerung bekannt wurde, hinzuzuziehen.

Dresden, den 15. April 1932.

Kenner

und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Nur im außerparlamentarischen Massenkampf vermag das Proletariat den Faschismus zu besiegen. Darum darf das Proletariat sich nicht mit Illusionen tragen. Nicht Hilfe für die Schiedsregierung, sondern Beseitigung der Schiedsregierung, Massenkampf gegen den faschistischen Terror, proletarische Kampfkraft, Streiks gegen Unternehmerrangriffe — das ist der Kampf gegen den Faschismus. Unser Bekenntnis zu diesem Kampf muß eine Stimme im Volkswort sein. Am Sonntag gegen den faschistischen Staatsapparat, gegen den Hitler-Faschismus, in Antikuben und bei der Polizei! Betetigt euch am Volkswort, himmt mit „Ja“!

Erwerbslosenunterstützung ist fraglich?

Reichsregierung und Schied-Sachen haben kein Geld für die Arbeitslosen. Ersparnisse aus der Gehaltskürzung werden zum Ausgleich der Haushaltpläne verwendet

In der bürgerlichen Presse wird eine Mitteilung der Reichsregierung veröffentlicht, die auf Grund einer Nachricht herausgegeben wurde, daß das Reichskabinett bereits in seiner Donnerstagstagung den Etat für 1932 verabschiedet habe. Die Regierung teilt dazu mit, daß in der Donnerstagstagung lediglich einige Streitpunkte der einzelnen Ressorts behandelt wurden. Dabei spielte die Frage der Erwerbslosenhilfe eine große Rolle. Dazu erklärt die Regierung, daß es noch gar nicht feststeht, ob und in welchem Umfang Geld für die Erwerbslosenhilfe zur Verfügung stehen. Auch falls keine vor der Fertigstellung des Etats die Entscheidung darüber getroffen werden.

Aber jetzt steht, daß der kommende Reichsetat mit einem vierfachen Millionenüberschuß abgeschlossen wird. Und deshalb ist auch heute schon klar und wird nur umhertreiben, daß kein Geld für die Arbeitslosenhilfe vorhanden ist. Dafür sprechen auch die Verhandlungen zwischen Reich und Ländern, über die es in der Meldung heißt:

„Daß über das Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Maßnahmen zwischen dem Reich und den Ländern stattdessen haben, ist gewiß. Die Vision aber, also könnten die Länder ihre Ersparnisse an der Kürzung der Beamtengehälter für die Arbeitslosenhilfe einsetzen, wird dem Nachrichtenbüro von preussischer Seite bestritten.“

Gadrien in der Bleite voran

Nicht nur Preußen ist außer Kontrolle, die den unteren Beamten, Angestellten und Gemeindefunktionären gekürzten Lohnsätze für die Erwerbslosenhilfe zu verwenden. Die sächsische Regierung hat schon vor einigen Tagen in der Presse erklärt, daß die Kassen leer seien und jeder Pfennig gewinnbringend zehnmal umgedreht werden soll, bevor seine Ausgabe beschlossen wird. Für die dringenden und unausschiebbaren Ausgaben, sollen nur Teilbeiträge bewilligt werden.

Im Zusammenhang mit der Arbeitslosenhilfe läßt nun die Schiedsregierung nach Fühlungsnahme mit der Reichsregierung erklären, daß die Verordnung vom 19. Dezember, die den Gemeinden und Bezirksverbänden das Recht gibt, die Ersparnisse aus der Gehaltskürzung für die Arbeitslosenhilfe zu verwenden, ergänzt wird. Die Schiedsregierung teilt dazu mit:

„Die oben angezogene Verordnung ist deshalb durch eine im amtlichen Teile des Sächsischen Verwaltungsblattes erscheinende Verordnung des Ministeriums des Inneren dahin ergänzt worden, daß die Ersparnisse an persönlichen Ausgaben, soweit es sich nicht um solche auf Grund der 3. Gehaltskürzungsverordnung handelt, zunächst zum Ausgleich eines Fehlbetrages im Haushalt der Gemeinde (des Bezirksverbandes) zu verwenden sind.“

Aber in allen Ländern müssen schon die abgebauten Löhne und Gehälter für das Defizit der Haushaltpläne Verwendung finden und in Sachsen steht es besonders trübsalhaft. Kein Pfennig kann in den Gemeinden locker gemacht werden. Damit steht nicht nur außer allen Zweifel, daß alle Pläne der Regierenden und des „Aktionenkongresses“ der Gewerkschaften Schaumblase sind, die an der rückwärtigen Sparpolitik bei allen sozialen Ausgaben scheitern, sondern auch die Tatsache, daß die Auszahlung der Unterhaltungen in Frage gestellt ist.

Neue Notverordnung in Sicht!

Die Regierenden können gar nicht anders, als in der Fortführung ihrer Politik ungeheuerlicher Massenbelagerung mit einer weiteren Notverordnung zu kommen, die nicht nur die Be-

Die Lohnraubverhandlungen für die Gemeindebetriebe

Der Manteltarif bis 30. Juni verlängert. Arbeitgeber-Verband und Reichsregierung bestehen auf Lohnabbau. Arbeiter, trefft eure Kampfvorbereitungen

Berlin, 15. April 1932 (Eig. Drahtf.)

Am Donnerstag fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsgeberverband kommunaler Betriebe und Tarifgewerkschaften über den Reichsmanteltarif der kommunalen Straßenbahnen, den die Gemeinden gefordert haben. Der Reichsmanteltarif soll bis 30. Juni 1932 verlängert werden. Ueber die gleichfalls geforderten Lohnsätze kam eine Einigung nicht zustande.

Die Gewerkschaften verlangen eine Zurücknahme der Kündigung und Verlängerung der Lohnsätze auf bezüglicher Grundlage.

Nach einer Besprechung des Reichsfinanzministeriums mit dem Arbeitsministerium sollen am Dienstag nochmals Verhandlungen der Unternehmerverbände mit den Gewerkschaften stattfinden.

Mit dieser heuchlerischen Erklärung versuchen die Gewerkschaften den Gemeindefunktionären weiszumachen, daß sie alle Mittel anwenden würden, um den angeforderten Lohnabbau zurückzuschlagen. Bis heute ist noch nichts unternommen worden, um die Gemeindefunktionäre zum Kampf zu mobilisieren. Wir sagen den Gemeindefunktionären, daß die Gewerkschaften gar nicht daran denken, irgendwelchen Widerstand gegen die Lohnraubhoffnungen der Unternehmer zu organisieren. Mit rabiaten Mitteln sollen die 315 000 Gemeinde- und Verkehrsarbeiter nur über die wahren Absichten der Gewerkschaftsbürokratie als Helfershelfer des Lohnraubs hinweggeführt werden.

Siegerwald, als Reichsarbeitsminister, konnte auf dem „Aktionenkongress“ des ADGB, ohne Widerspruch der Gewerkschaftsbürokratie die Erklärung abgeben, daß ein weiterer Lohnabbau notwendig sei. In Verbindung damit steht die Forderung des Reichsfinanzministers Dietrich, den Gemeindefunktionären und Straßenbahnern den Lohn ab 1. Mai erneut zu kürzen. Nicht umsonst wird heute bereits von einem bezugswerten Ausgleich zwischen den niedrigen und hohen Gemeindefunktionären gesprochen. Ausgleich dieser Löhne, das heißt besonders für die sächsischen Gemeindefunktionäre, deren Löhne innerhalb Jahresfrist durch 4 Lohnkürzungen um mehr als 30 Prozent abgebaut wurden, daß sie einen erneuten rigorosen Abbau über sich ergehen lassen sollen. Im Zusammenhang damit sind die Worte, die der Delegierte der Dresdner Straßenbahn-AG, Dr. Albrecht, vor

kurzem geäußert, ein Signal, das auch den letzten Gemeindefunktionären über die Gefahr der neuen einschneidenden Tarifkürzungen seiner bisher schon elenden Lebenslage alarmieren muß. Dr. Albrecht erklärte: „Die Eisenbahner, die mit 8, 10 und 12 pro Woche nach Hause gehen, leben auch.“

Offener und brutaler ist das Unternehmertum nach den aufgetreten. Um so schamloser ist deshalb das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie, die auf dem Aktionkongress nicht genug Worte „eiserner Disziplin“ und „geschlossenes Handeln“ gesprochen konnte und in Wirklichkeit es nicht nur ablehnt, die Gemeinde- und Verkehrsarbeiter zum Kampf aufzurufen, sondern alles macht um die Organisation des Kampfes zu hintertreiben.

Die Gemeindefunktionäre und Straßenbahner dürfen sich am Gewerkschaftsbürokratie nicht länger täuschen lassen. Die Antwort auf den ungeheuerlichen Unternehmerrangriff sind den bevorstehenden Verrat der reformistischen Gewerkschaften in allen Gemeindebetrieben sofort zu dem notwendigen Lohnraub Stellung nehmen, ihre Forderungen anzulegen und die notwendigen Kampfmassnahmen vorbereiten und einzuleiten, nach dem Ausschlag der Kommunalverwaltung zu nichte gemacht werden.

Keinen Pfennig Lohnabbau! Keine Beschneidung der realen Bestimmungen, sondern Wiederherstellung des vollen 4. Notverordnung bestehenden Lohnes muß die Kampfvorbereitung aller Gemeindefunktionäre sein.

Der Verlauf des „Aktionenkongresses“ des ADGB, über den bereits ausführlich berichtet, hat erneut gezeigt, daß die sächsischen Gewerkschaftsführer auch jetzt wieder den Unternehmern bei der Durchführung ihrer Lohnraubpläne behilflich sein werden. Deshalb gilt es, in jedem Betrieb eine einheitliche Kampffront aller Arbeiter herzustellen und die Vorbereitung zum Kampf zu treffen.

Der Schiedsbruch für das Baugewerbe abgelehnt

Berlin, 16. April (Eig. Drahtf.)

Der vor kurzem gefällte Schiedsbruch für das Baugewerbe über eine neue Lohnkürzung von 10 Prozent ab 1. Mai wird von beiden Tarifkontrahenten abgelehnt. Der Unternehmer ist der Lohnabbau von 10 Prozent nicht willig, die Bauarbeiter zu lang und außerdem wollen sie die alten Tariflöhne nicht mehr anerkennen. Nach den bisherigen Verhandlungen ist damit zu rechnen, daß die Gewerkschaftsbürokratie noch zu weiteren Zugeständnissen an die Unternehmer bereit sein wird. Deshalb müssen die Bauarbeiter den Schiedsbruch gegen die neuen Tarifbestimmungen organisieren.

Bekämpfung der japanischen Flottenrüstungen gegen die Sowjetunion

Tokio, 15. April (Eig. Drahtf.)

Das japanische Marineministerium hat den Befehl gegeben die bei Kamikawa liegenden Flottenstützen erheblich zu vergrößern. Als Grund wird „der Schutz der japanischen Interessen“ angegeben. Diese Maßnahmen des japanischen Imperialismus richten sich ausschließlich gegen Sowjetrußland und sind ein weiterer Schritt in der Vorbereitung des Japanisch-Sowjetkrieges gegen die Sowjetunion.

Arbeiter und Werktätige! Seid wachsam! Die Gefahr des Ausbruchs des Interventionskrieges gegen Sowjetrußland wächst täglich und stündlich.

Verklärt die Organisation des Kampfes zur Bekämpfung der Sowjetunion. Verklärt die rote Einheitsfront! Verklärt alle Arbeiterorganisationen, Nehmt den Kampf auf gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung, den Kriegsgewinnern und Kriegsgewinnern den Kampf an durch Massenbeteiligung am Volkswort!

Wettervorhersage

Luffschiffende Winde aus östlichen Richtungen. Kurze Regenwolkenabnahme. Viel Nebel. Temperatur verhältnismäßig stark verändert. Keine erheblichen Witterungsänderungen.

Von der SPD zu Hitler

Sozialfaschistische Führer gehen zu den Nazis über — Hier sind die Betroffenen!

Die „Volkzeitung“ hat in den letzten Tagen die Schwindschmelzung über den Uebertritt kommunistischer Funktionäre und Parteimitglieder aus dem Braunschweiger Gebiet zu den Nazis erneut abgedruckt. Diese Verführung, Einzelheiten über diese angeblichen Uebertritte mitzuteilen, ändert nichts an der Tatsache, daß es sich hier um eine ganz große Verleumdung handelt, die von der „Volkzeitung“ mit der Absicht verbreitet wird, die kommunistische Arbeitererschaft zu verwirren.

Umgekehrt ist es eine Tatsache, daß sozialfaschistische Führer offen zu den Nazis übergegangen sind. Zwischen die Fälle der Uebertritte von SPD-Führern zu den Nazis seien nur folgende genannt:

August Winzig, führender Sozialdemokrat, Oberpräsident der SPD-Regierung in Preußen, einer der Organisatoren der Volkstümer. Trotz seiner engen Freundschaft mit den Faschisten bleibt er in der SPD und erst, als er beim Kampfbuch sich auf die Seite der Faschisten stellt, wird er abgesetzt. Ganz konsequent geht Winzig dann zu den Nazis.

Burmeister, Amtshauptmann von Malchin, langjähriges SPD-Mitglied, von der mecklenburgischen SPD-Regierung in sein Amt eingesetzt. Eifriger Notverordnungspolitiker, feste Stütze der Notverordnungsdiktatur. Als die SPD-Regierung in Mecklenburg gestürzt ist, entdeckt Burmeister sein Hitlerherz und geht zu den Nazis.

Grüner, Regierungspräsident im Rheinland. Altes SPD-Mitglied, hoher Beamter der SPD-Regierung in Preußen.

So leicht wechseln die SPD-Führer zu den Hitlerfaschisten über. Warum auch nicht? SPD und Nazis sind die besten Freunde des Kapitalismus und Feinde des revolutionären Proletariats. Zwischen Kommunisten und Faschisten aber besteht Todfeindschaft. Darüber können auch die insamen Lügen der bürgerlichen und der SPD-Presse nicht hinwegtäuschen.

Auf diese Lügen gehen die Arbeiter morgen die Antwort durch Massenbeteiligung am roten Volkswort!

Als die Arbeiter gegen den französischen Imperialismus im Ruhrgebiet streiken und kämpfen, host Grüner französischer Reichsregierung die Unterstützung des französischen Oberverwaltungsorgans für die Schups, um die Arbeiter blutig zu unterdrücken. Nach dieser „nationalen“ Betätigung ist er konsequent für die Hitlerpartei, deren Mitglied er seit mehreren Monaten ist.

Bühner, Bürgermeister von Dresden, dessen bürgerliche Vermögensverhältnisse von der SPD gegenüber offen kommuniziert wurden. Gestern, nachdem er durch die SPD in den Nazis überwechselte, wurde seine Schiedungen, die den Dresdner wertvollen Staatsbesitz Millionen kosten, von den Nazis gebett.

Michael
10. April
Mitglied der
Genoss. Volksw
1931 die H
verfügt und beg
literarische T
wird endgültig
igen revolution
Agitator bete
sinein Aufs
seitung gew
erte. Der
sowjetische J
aller bolschew
ber ersten R
ach dem Lond
ach dem Lond
als Antwort
als Mitglied
mit ihr ged
dem Volksw
gründen 3
sachlichen
marxistische
In der Zeit
wird den Kamp
dem Briefwe
stet.“
Am 10. April
er sich am reo
sozialistische
Volkswort ent
wird, nahm un
sachliche als
Kandidat
Am 10. April
er sich am reo
sozialistische
Volkswort ent
wird, nahm un
sachliche als
Kandidat
Am 10. April
er sich am reo
sozialistische
Volkswort ent
wird, nahm un
sachliche als
Kandidat